

Die Ungarische Wissenschaftsakademie steht als unabhängige Bildungsinstitution offenbar kurz vor ihrer Zerschlagung. Der Vorstoß des nach der ungarischen Wahl von April 2018 neugeschaffenen Ministeriums für Innovation und Technologie begann gewissermaßen mit einem Angriff aus dem Hinterhalt. Ohne die Akademieleitung in Kenntnis zu setzen, wurden der traditionsreichen Einrichtung, die seit 1994 per Gesetz über die ihr zustehenden Mittel frei verfügen darf, im neuen Bildungshaushalt zwei Drittel ihres Budgets gestrichen. Der fehlende Betrag tauchte stattdessen im Etat des Innovationsministeriums auf. Gegen diese Maßnahme hatten sich im vergangenen Sommer im Land wie im Ausland Stimmen des Protests erhoben, doch sie blieben wirkungslos, und die Fronten in Ungarn verhärteten sich weiter. In der regierungsnahen Presse wurde gegen die Akademie Stimmung gemacht, man bezichtigte sie der Illoyalität und Ineffizienz. Der Akademiepräsident und Mathematiker László Lovász suchte das Gespräch mit dem Innovationsminister László Palkovics, beharrte aber gleichzeitig auf dem Standpunkt, dass die Umleitung der Fördermittel an das Ministerium illegal sei.

Auf ihn muss erheblicher Druck ausgeübt worden zu sein, denn im November teilte die Akademieleitung mit, Lovász habe sich mit Minister Palkovics darauf geeinigt, eine gemeinsame Evaluierungskommission zu bilden, um die Möglichkeiten der vom Ministerium gewünschten Umstrukturierung der Finanzstruktur der Einrichtung auszuloten. Wer die Übereinkunft als Beginn eines konstruktiven Dialogs deutete, sah sich bald enttäuscht, denn schon Ende Dezember wurde die Wissenschaftsakademie wieder vor vollendete Tatsachen gestellt. Das Ministerium blockierte die ihr versprochenen Mittel für das Jahr 2019, und sein Chef Palkovics traf sich zudem über Lovász' Kopf hinweg mit den Leitern der verschiedenen akademieeigenen Forschungsinstitute, um sie mit dem neuen Reglement vertraut zu machen.

So erfuhren sie, dass ihre Institute künftig keine Grundfinanzierung mehr erhalten werden, sondern nur Gelder für befristete Forschungsprojekte, um die sie sich werden bewerben müssen. Ende Januar wurden sie dann auch aufgerufen, Projektvorschläge einzureichen, wofür ihnen allerdings eine auffällig kurze Frist bis Ende Februar gesetzt wurde.

Hunderte Wissenschaftler und sonstige Mitarbeiter der Akademie wollen diese Maßnahmen der Regierung nicht hinnehmen. Vor zwei Wochen versammelten sie sich vor dem Gebäude zu einer Demonstration und überreichten dem Akademiepräsidenten László Lovász eine von mehr als zweitausend Wissenschaftlern aus Ungarn und dem Ausland unterzeichnete Petition, die das Vorgehen des Ministeriums als Angriff gegen die Freiheit der Wissenschaft verurteilt. Begründet wird dies nicht nur damit, dass die Gremien, in denen über die Verteilung der Mittel entschieden wird, mit Angehörigen der Regierung oder ihr nahestehenden Personen besetzt werden sollen. Es wird auch als Willkür kritisiert, dass das Ministerium im Alleingang die Forschungsfelder bestimmt habe, für die die Akademie-Institute nun im Rahmen des gesamtstaatlichen Exzellenzprogramms Projektvorschläge einreichen sollen. Diese umfassen die Bereiche Gesundheit, Kultur und Familie, Sichere Gesellschaft und Umwelt sowie Industrie und Digitalisierung.

Für den Bereich Kultur und Familie, der Ungarisch, Sozial-, Wirtschafts-, Geistes- und Bildungswissenschaften, Psychologie und Kunst umfasst, also ein Themenfeld mit gesellschaftskritischem Potential ist, stehen gerade einmal elfeinhalb Prozent der gesamten staatlichen Fördermittel zur Verfügung. Hier, wie in den anderen Themenbereichen, muss die Akademie künftig mit allen



Fels der Wissenschaftsfreiheit: Die Akademie der Wissenschaften ist der ungarischen Regierung zu unabhängig.

Foto Szilard Voros/Laif

# Die letzte Insel der Freiheit

Die Autonomie der Budapester Wissenschaftsakademie wird bald Geschichte sein. Die Regierung fördert statt dessen Institute, die in ihrem Sinn forschen, und Denkfabriken, die Mythenbildung betreiben.

staatlichen universitären und kirchlichen Forschungseinrichtungen konkurrieren.

Um der Strategie des Ministeriums, das offensichtlich versucht, Zügel an die Freiheiten der Akademie zu säen, etwas entgegenzusetzen, hat sich kürzlich das Akademiepräsidium an die Institutsleiter mit der Bitte gewandt, die formulierten Projektvorschläge nicht wie gefordert dem zuständigen Nationalen Amt für Forschung, Entwicklung und Innovation (NKFIH), sondern dem Akademiepräsidenten vorzulegen. Noch scheint man sich also, zumal von zahlreichen Solidaritätsbekundungen ausländischer und internationaler Wissenschaftsorganisationen gestärkt, von einem geschlossenen gemeinsamen Vorgehen eine bessere Verhandlungsposition zu versprechen. Betrachtet man jedoch die institutionelle Entwicklung der Gegenseite näher, kommt Skepsis auf. Denn das NKFIH ist von der dritten Regierung Orbán 2014 offenbar auch mit dem Ziel ins Leben gerufen worden, die Verteilung von Forschungsmitteln möglichst zentral zu kontrollieren.

Zum ersten Leiter des NKFIH wurde der Atomphysiker József Pálkás ernannt, der bis dahin Präsident der Wissenschaftsakademie und ein Parteifreund und treuer Gefolgsmann von Viktor Orbán war. In Regierungskreisen

hielt man ihn wohl auch aufgrund seines Insiderwissens für den geeigneten Vollstrecker des offensichtlich schon damals gehegten Plans, langfristig die Freiheiten der Akademie, die eine der letzten Inseln autonomen Forschens im Land ist, zu beschneiden. Doch das Kalkül ging nicht auf. Pálkás' Verpflichtung gegenüber der Wissenschaft erwies sich als stärker als seine Loyalität zur Regierung. Deshalb musste er im vergangenen Juni nach der Bildung des vierten Kabinetts Orbán sein Amt niederlegen und wurde durch den zwanzig Jahre jüngeren, kaum bekannten Management-Experten Zoltán Birkner ersetzt. Gleichzeitig stärkte die Regierung die Macht des NKFIH, indem sie es dem neuen Ministerium unterstellte, das sich seinem Namen nach ebenfalls um Innovation und Technologie kümmert und nun sämtliche Forschung zentralistisch verwalten will.

Bei der Wahl seines Leiters, László Palkovics, ging die Regierung kein Risiko mehr ein. Der Maschinenbauingenieur war seit 2014 und bis zu seinem Amtsantritt Staatssekretär für Hochschulbildung und mächtig genug, gegen regierungskritische Bildungseinrichtungen nach Gutdünken vorzugehen. Die Zentraleuropäische Universität, die inzwischen das Land verlassen hat, ist sein im Ausland bekanntestes Opfer. József Pálkás ist

nun zu einem von Palkovics' schärfsten Kritikern mutiert. Im Gespräch mit der ungarischen Zeitschrift „HGV“ verurteilte er vor einigen Tagen das Vorgehen des Ministers gegen die Akademie als „erpresserisch“. Wir er blickt auch Akademiepräsident Lovász mit Sorge auf das stetig wachsende Netz von Denkfabriken, die in den vergangenen Jahren von der Regierung aufgebaut wurden und in den Genuss von immer mehr Fördermitteln kommen.

Eine dieser Einrichtungen ist das 2013 gegründete Budapester Veritas Institut für Geschichtsforschung, das sich in den Dienst des Orbánschen Revisionismus stellt und auch die Verstrickung der Regierung Miklós Horthy in den Holocaust herunterzuspielen trachtet. Mit dieser Tendenz wird besonders der Leiter von Veritas, der Historiker Sándor Szakály, assoziiert. 2014 hatte er die Deportation von mehr als zwanzigtausend Juden im Sommer 1941 aus dem ungarisch kontrollierten Karpaten-Ruthenien in die von der Nationalsozialisten besetzte Ukraine, wo sie von deutschen SS-, SD- und Polizeiangehörigen erschossen wurden, als schlichte „Polizeiaktion gegen Fremde“ verharmlost. Aufgrund dieser Äußerung forderte damals der Verband der jüdischen Gemeinden Ungarns Szakály Rücktritt – vergebens.

So wie die modernere Geschichte Ungarns soll offenbar durch in jüngster Zeit vom Staat gegründete Forschungseinrichtungen auch die Sicht auf die Ursprünge des Ungarntums einer Revision unterzogen werden. Bereits im vergangenen April wurde das László Gyula Institut gegründet, benannt nach dem namhaften ungarischen Archäologen, der die Theorie vom doppelten avarisch-magyarischen Ursprung der Ungarn entwickelt hatte. Die Namensgebung suggeriert zwar Seriosität, die Initiatoren kommen jedoch aus einem rechtsgerichteten Milieu, in dem man gerne die alte Legende von der turanisch-zentralasiatischen Herkunft der Magyaren (F.A.Z. vom 4. April 2018) als historische Wahrheit verkauft.

In diese Richtung weist auch das im Januar vom Minister für Humanressourcen Miklós Kásler, der auch für Bildung und Kultur zuständig ist, ins Leben gerufene Institut zur Erforschung des Magyarentums, das bereits in der Gründungsphase über rund hundert Mitarbeiter verfügt. Regierungskritiker befürchten, dass mit solchen Neugründungen die Forschung über das Ungarntum an der Wissenschaftsakademie sukzessive untergraben und der dort herrschende Widerstand gegen die Vertreter des pseudowissenschaftlichen Turanismus gebrochen werden soll. JOSEPH CROITORU

## Unvollkommenheit in einer perfekten Wissenschaft

Warum sich die Arbeitsmärkte für Physiker und Ökonomen so stark unterscheiden / Von Thomas Ehrmann und Aloys Prinz

Man sollte annehmen, dass promovierte Physiker bessere Arbeitsmarktchancen haben als promovierte Ökonomen. Einmal sind Physiker mathematisch besser ausgebildet, sie beherrschen das Programmieren schwieriger Probleme, und sie sind es gewohnt, hart zu arbeiten. Bis auf den letzten Punkt gilt das nicht für Ökonomen. Ihre Mathematik ist, verglichen mit derjenigen der Physik, einfach und die Programmierkenntnisse sind in der Regel geringer. Dennoch haben Ökonomen bessere Arbeitsmarktchancen und höhere Einstiegsgehälter. Was läuft schief bei den Physikern?

Zunächst ist zu erwarten, dass Ökonomen und Physiker auf einem vollkommenen Arbeitsmarkt und unter ansonsten gleichen Bedingungen relativ gleiche Arbeitsmarktchancen und Einstiegsgehälter haben. Doch weder sind die Arbeitsmärkte im wissenschaftlichen Bereich vollkommen, noch sind es die Bedingungen auf diesen Märkten. Am einfachsten lassen sich die unterschiedlichen Bedingungen benennen. Auf der Angebotsseite bestehen sie darin, dass wenige Hochbegabte Ökonomen werden wollen, weil das zu langweilig oder nur wenig herausfordernd ist. Anders formuliert: Gebiete, in denen junge, intrinsisch motivierte Menschen sich für eine Karriere in Physik entschieden haben, ist

das Arbeitsangebot genau wegen dieser höheren intrinsischen Motivation zumindest für eine gewisse Zeit sehr unelastisch, was Entlohnung, Vertragsdauer und Arbeitsbedingungen betrifft.

Natürlich gibt es für Physiker alternative Beschäftigungsmöglichkeiten, beispielsweise als Programmierer in vielen Firmen oder als Quant bei einer Bank. Während erstere Möglichkeit im Lebenslauf länger besteht, gilt dies für die sehr knappen und hochbezahlten Stellen in der „Quantitative Finance“ nicht.

Für angehende Ökonomen ist das Arbeitsangebot elastischer, da sie hinsichtlich ihrer Tätigkeitsfelder deutlich flexibler sind. Anders ausgedrückt: frühe und hohe Spezialisierung hat ihren Preis. Ökonomen können recht einfach in Nachbarfächer wie BWL, Recht und Wirtschaft oder andere Bindestrich-Ökonomie-Fächer ausweichen. Darüber hinaus produzieren moderne Unternehmen und Volkswirtschaften einen stetig steigenden Datenfluss. Da das theoretische wissenschaftliche Niveau schon allein aufgrund des Alters des Fachs im Vergleich zur Physik noch niedrig ist, weisen die Ökonomen als Wissenschaft und die Tätigkeit der Ökonomen eine höhere Grenzproduktivität auf.

Nach gängiger ökonomischer Theorie heißt das, dass Ökonomen eine höhere

Entlohnung oder aber bessere Arbeitsbedingungen erwarten können als Physiker. Und da Physiker noch keine ernsthafte Konkurrenz für Ökonomen sind, wird das Lohngefälle nicht über den Wettbewerb zwischen Physikern und Ökonomen abgebaut. Hinzu kommt, dass der Wettbewerb auf dem Physiker-Arbeitsmarkt selbst schärfer geworden ist.

Eine signifikante Verbesserung für theoretische Physiker würde sich erst dann ergeben, wenn Physiker wieder in eine Region höherer Grenzproduktivität gelangen würden. Das setzte für den theoretischen Bereich wohl voraus, dass neue Daten produziert werden, die Überprüfungsmöglichkeiten für Theorien schaffen wie beispielsweise neuere und größere Teilchenbeschleuniger, oder Fortschritte bei der praktischen Nutzbarkeit bestimmter theoretischer Erkenntnisse (Quantencomputer etc.) gemacht werden.

Auf der Nachfrageseite haben die Ökonomen im Vergleich zu dem Stand der Wissenschaften in der Physik erst wenige Probleme gelöst, und es kommen ständig neue hinzu. Bei der Physik sind dagegen die meisten Standardprobleme längst gelöst sind oder scheinen es zumindest. Damit ist die Physik, ökonomisch gesehen, am Ende eines Produktlebenszyklus angekommen. Das erklärt, warum die bei wei-

ten meisten physikalischen Forschungsarbeiten im Mainstream-Bereich angesiedelt sind. Am Ende eines Produktlebenszyklus von Ideen werden zwangsläufig von einer wachsenden Zahl von Forschern eine stetig steigende Zahl theoretischer Versuche produziert, die nur wenig Neues generieren: eine fast ausgebeutete Mine wirft eben wenig ab.

Möglichweise hat das Übergewicht an theoretischen Physikern an Forschungsinstitutionen damit zu tun, dass sie geringere Kosten als Experimentalphysiker verursachen. In beiden Feldern sind Nachwuchswissenschaftler über halbe Stellen bei vollem Arbeitseinsatz mit schlechten Konditionen konfrontiert, die die tatsächlichen Stundenlöhne teilweise sogar unter den Mindestlohn treiben dürften, obwohl oder gerade weil die offizielle Entlohnung tarifvertraglich fixiert ist.

Darüber hinaus zeigt die Entlohnung den Wert dessen an, was das Gelernte für die Gesellschaft bietet. Im Vergleich zur Physik sind die Techniken der wissenschaftlichen Ökonomik weniger geheimnisvoll und benötigen eine geringere Ausbildung. Zudem ist die Nachfrage nach Ökonomen auf die Fähigkeiten gerichtet, die auch in Bereichen außerhalb der Wirtschaft, beispielsweise in Business Schools, Medical School oder Law

Schools, gefragt sind. Außerdem gibt es Nachfrage aus den Unternehmen, den Verwaltungen und der Politik. In diesem Bereich haben gut ausgebildete Ökonomen auch gegenüber gut ausgebildeten Physikern komparative Vorteile in Bereichen wie rationales Entscheiden, Analyse von diffusen Daten oder Optimierung von Prozessen. Kurzum, die Nachfrage nach Ökonomen ist bei ansonsten ähnlich guter Ausbildung höher.

Gerade der letzte Punkt verweist auf eine Besonderheit derjenigen akademischen Arbeitsmärkte, auf denen Universitäten und staatliche Forschungseinrichtungen die dominierenden oder sogar einzigen Nachfrager sind: Sie sind Monopsonen, also Märkte mit nur einem oder sehr wenigen Nachfragern. Die entsprechende Theorie sagt, dass solche Arbeitsmärkte anders funktionieren. An die Stelle der Grenzproduktivitätstheorie der Entlohnung werden sie über Beschäftigungsgrenzkosten bestimmt mit der Folge, dass Entlohnung und Arbeitsbedingungen darunter leiden. Diese ungünstige Aussicht findet sich auch real in den Zahlen der Deutschen Physikalischen Gesellschaft wieder: den rund achtzig Personen jährlich, die sich derzeit für eine universitäre Karriere in der Physik qualifizieren, stehen rund vierzig Positionen für Erstberufungen pro Jahr gegenüber.

## Die Finanzfrage

Der ungarische Fall schärft den Blick auf deutsche Hochschulen

Bei der Beschneidung der Autonomie der Ungarischen Akademie der Wissenschaften (siehe nebenstehenden Artikel) spielt ein Instrument die entscheidende Rolle, das sich auch an den deutschen Hochschulen seit langem wachsender Beliebtheit erfreut: die wettbewerbliche Vergabe von Fördermitteln. Selbstverständlich ist die deutsche Wissenschaftslandschaft nicht mit der ungarischen gleichzusetzen, die Verhältnisse in beiden Ländern unterscheiden sich beträchtlich, aber im Speziellen lohnt der Strukturvergleich. Die schlechende Umstellung der Finanzstruktur, weg von der Grundfinanzierung, hin zur Projektförderung, macht es der Politik hierzulande möglich, weiter Einfluss auf die Hochschulen zu nehmen, die sie mit gewissen Einschränkungen in die Autonomie entlassen hat. Inzwischen hat sich die Projektforschung so aufgebaut, dass die Wissenschaft kaum mehr zu ihrer eigentlichen Tätigkeit kommt. Statt zu forschen und zu lehren, werden Berge von Anträgen geschrieben, Professuren werden mit Blick auf die „Drittmittelstärke“ vergeben, und der akademische Mittelbau passt sich unter dem Druck ständiger Neubesetzung dem Mainstream an. Die auf diese Weise geschaffenen Papierberge werden nicht mehr qualitativ abgewogen, sondern nach Einheitsmaß gemessen. Verwaltung und Politik fehlt die Fachkenntnis und der Wissenschaft die Zeit. Die unerwünschten Nebenfolgen der Kennziffernwissenschaft haben Wilhelm Krull, Martin Lohse und Peter Strohschneider in dieser Zeitung beschrieben (F.A.Z. vom 12. Juli 2018). Kurz: Wissenschaft verliert an Originalität, Qualität und Autonomie. Die Abkehr von der herrschenden Tonnenideologie ist allerdings erst realistisch, wenn Wissenschaftspolitik und Förderorganisationen die Projektforschung zugunsten der Grundfinanzierung reduzieren. Davon ist wenig zu sehen. Im Gegenteil: Die Politik benutzt die Verteilung von Wettbewerbsgeldern vermehrt zur politischen Einflussnahme auf die Wissenschaft. Die Erfüllung wissenschaftsfremder Kriterien wird zur Voraussetzung für den Erwerb von Geldern. Oder Projekte werden mit politischem Unterton ausgeschrieben. Ein Beispiel sind die neu ausgeschrieben Institute für gesellschaftlichen Zusammenhalt. Ob diese soziale Kohäsion (wissenschaftlich) erforschen oder (politisch) fördern sollen, lässt die Namensgebung andeutungsvoll in der Schwebe. Die Folge dieser Entwicklung ist ein Klima der Unfreiheit und eine schlechende Moralisierung des wissenschaftlichen Diskurses zu Lasten genuin wissenschaftlicher Kriterien. Viele Wissenschaftler sehen das kritisch, aber kaum jemand erhebt offenen Einspruch. „Das sehe ich genauso wie sie, Frau Kollegin oder Herr Kollege“, heißt es dann, „aber sagen kann ich das natürlich nicht.“ Dass man sich mit dem Unbehagen alleingelassen fühlt, liegt daran, dass der permanente Wettbewerb kollegiale Solidarität erstickt. Als besonders schädlich erweist sich in diesem Zusammenhang die Exzellenzstrategie. Kritik wird regelmäßig mit dem Vorwurf erstickt, sie könne, würde sie publik, den Exzellenzstatus der Universität gefährden. Man kann daher noch so viele Appelle für die Wissenschaftsfreiheit formulieren und sich die schönsten Ziele in die Hochschulleitfäden schreiben. Erfüllt werden können sie erst, wenn die Strukturen dafür geschaffen sind. Das heißt: weniger Wettbewerb, mehr Grundfinanzierung. Und im Ergebnis mehr Freiheit. tht

Thomas Ehrmann und Aloys Prinz lehren Wirtschaftswissenschaften an der Universität Münster.